Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 32 (2013)
Heft: 62

Artikel: Nachlese zur WIDE-Tagung und weiterführende Diskussionen
Autor: Sancar, Annemarie / Müller, Franziska
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651847

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Annemarie Sancar / Franziska Müller

Nachlese zur WIDE-Tagung und weiterführende Diskussionen

Care ist die Grundlage jeglichen Lebensstandards, und es ist Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass jedes Mitglied – entsprechend den Bedürfnissen – Anspruch und Anrecht auf Sorge und auf Versorgung mit dem Lebensnotwendigen hat. Care ist ein Gemeingut oder Common, und die Teilhabe daran ist sehr unterschiedlich geregelt und wird breit debattiert. An den Diskussionen beteiligen sich verschiedenste AkteurInnen aus unterschiedlichstem Interesse – sei es dass sie nach alternativen Formen des Wirtschaftens suchen, sei es dass sie neoliberalen Denk- und Praxisformen zum Durchbruch verhelfen möchten. Die Aneignung von Care-Diskursen durch den neoliberalen Mainstream und das effizienzorientierte Sozialmanagement sind einige der Themen, die an der WIDE-Tagung aus geschlechterspezifischer Sicht kritisch ausgelotet wurden. Dabei ging es vor allem darum, das Transformationspotenzial der verschiedenen Care-Ansätze zu überprüfen und Handlungsspielräume zu entdecken im Hinblick auf eine feministisch-politische Agenda.[1] Im Sinne einer reflektierenden Nachlese greift dieser Beitrag einige Diskussionsstränge auf und fragt nach den Rollen und Möglichkeiten der an Care beteiligten AkteurInnen – und nach jenen, die sich gerade nicht beteiligen.

Wer organisiert, leistet, ermöglicht, verhindert, vereinfacht Care-Arbeit und den Zugang zu Care-Leistungen, und welches ist der Einfluss der sich verändernden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen? Das Modell des «Care Diamond»[2] erlaubt es, die vier institutionellen Bereiche Haushalt, Staat/öffentlicher Sektor, Markt/Profit-Sektor und Non-Profit-Sektor als Spannungsfeld zu erfassen und die Handlungslogiken und Wechselbeziehungen der involvierten AkteurInnen zu analysieren.

Die auf die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen reagierenden Austeritäts- und Konjunkturprogramme richten sich hauptsächlich auf die Ökonomisierung des Sozialen aus. Dies führt dazu, dass sich die Verfügbarkeit von Care-Leistungen, aber auch die Ressourcen zur Leistungserbringung reduzieren. Um sich in dieser Situation neu zu positionieren, verfolgen die Institutionen des Care Diamond Strategien des Vermeidens, Veränderns, Verlagerns und Umverteilens von Care-Aufgaben. Dabei ver-

schieben sich Rollen und Interaktionen, und die Verteilung von und der Zugang zu vorhandenen Ressourcen werden neu verhandelt.[3] Der Blick auf die Geschlechterverhältnisse in der Arbeit macht sichtbar, wer sich welcher Diskurse bedient, um Entscheide und Interaktionen im Spannungsfeld des Care Diamond zu begründen oder aber zu hinterfragen. Die WIDE-Tagung zeigte deutlich das Transformationspotenzial, das feministische Ansätze der Verknüpfung von Care- und Commons-Debatten in sich bergen.

Wer hat das Sagen auf den Allmenden? Care als Common

Wie müssen die mit dem Modell des Care Diamond erfassten institutionellen Akteure zusammenwirken, damit das Gut Care für die Gemeinschaft bedarfsgerecht zur Verfügung steht? Wenn Profit respektive Kostenoptimierung auch für den Staat ausschlaggebende Kriterien der Bewertung von Care-Leistungen sind, gibt er dafür weniger aus. Damit reduziert sich die Care-Leistung auf das, was Haushalte und die zivilgesellschaftlichen Akteure verrichten können. Mangels öffentlich verfügbarer Mittel wächst der Druck auf arme Haushalte und die für Care zuständigen Mitglieder der Gesellschaft. Damit werden bestehende Ungleichheiten verstärkt und neue erzeugt. Das ist die ökonomische Betrachtung, die sich nach Profit maximierenden Prinzipien ausrichtet. Eine Frage von Kultur hingegen ist, wie die Zuständigkeit für Care festgelegt und wie die Geschlechterrollen zugeschrieben werden. Wenn der Staat als Unternehmer oder Wegbereiter für den Markt auftritt, passiert, was in Polen heute deutlich sichtbar wird: Transferzahlungen für das Gesundheitssystem fliessen nicht in eine bessere Basisversorgung, sondern sollen den PflegerInnen als UnternehmerInnen auf den Sprung helfen. Damit werden sie zur KMU-Förderung und haben nur noch wenig zu tun mit einer auf den Grundrechten basierten solidarisch finanzierten Care-Infrastruktur.[4]

Sollen Gleichheit in der Leistung von und im Zugang zum Gemeingut Care sichergestellt werden, muss die Rolle von Staat und Markt im Gefüge geklärt und neu konstruiert werden. Sonst übernimmt die Zivilgesellschaft – ganz im Sinne der Promotoren des Neoliberalismus – eigenverantwortlich und selbstverwaltet die sozialen Aufgaben, mit der Folge, dass der Staat zurückgefahren wird: Was sich an Care-Aufgaben profitabel organisieren lässt, übernimmt der Markt; und die Verantwortung für die notwendige, aber nicht vermarktbare Care-Arbeit wird den Bereichen Haushalt, Ehrenamt und Non-Profit-Organisationen überbürdet. Von Care als Common (Gemeingut) und dem Commoning (Vergemeinschaftung) von Care im gesellschaftsverändernden Projekt bleibt dabei wenig übrig.

Die aktuelle Commons-Debatte und -Forschung ist ein Ort lebhafter Verhandlung über gesellschaftliche Zukunftsfragen.[5] Hier werden ökono-

mische Modelle und Vorstellungen des Homo oeconomicus infrage gestellt, Bedingungen des Commoning diskutiert, historische Praktiken der Allmendnutzung ebenso ausgelotet wie neuere Praxisfelder, beispielsweise das der freien Softwareproduktion. Über die Geschlechterverhältnisse auf solchen «Allmenden» geben Debatte und Texte allerdings wenig Aufschluss. Dies, obschon das verfügbare Anschauungsmaterial, etwa auf dem Gebiet der Alpgenossenschaften, zeigt, dass Geschlechterhierarchien die Entscheide über die Organisation von Gemeingütern prägen – auf jeden Fall, wenn es um Weiden, Wälder oder Bäche geht. Nicht anders sieht es auf dem Gebiet der freien Softwareproduktion aus. Aus feministischer Perspektive stellt sich deshalb zuerst die Frage nach der Wahl der Güter, Ressourcen und Arbeitsfelder, die in die Commons-Debatte einbezogen werden, und nach ihrer geschlechtlichen Konnotation: Warum werden Bildung, Gesundheit, Care bisher kaum als gemeinschaftliche Güter und Leistungen diskutiert? Die diesbezüglichen Diskussionen an der WIDE-Tagung sind vor diesem Hintergrund als Aneignung und Einmischung zu verstehen. Die Frage, unter welchen Bedingungen und mit welchem gesellschaftlichen Anspruch Care in ein Gemeingut überführt werden kann, ohne die Zuschreibung als weibliches Aufgabengebiet zu reproduzieren, eröffnet Pisten für die Genderforschung ebenso wie für die feministisch-politische Debatte zur künftigen Organisation von Care.

Wer hat Platz in der «Nested Community»? Care als Menschenrecht

Common als Konzept hat eine hegemoniale europäische Tradition, die unter bestimmten Bedingungen einer kolonialen Ausrichtung nationalstaatlichen Handelns Vorschub leistet. Die Diskussion zur wirtschaftlichen Bedeutung der Care-Ökonomie muss diese Überlieferung durchbrechen, wenn sie neoliberale Konzepte sprengen will. Denn die Care-Ökonomie ist ein transnationaler Kontext, in dem die Care-Arbeiterinnen durch ihre Praxis die Dichotomie Nord-Süd tatsächlich überwinden. Wie orchestrieren die beteiligten Institutionen, die Haushalte, der Profit- und der Non-Profit-Sektor, Staaten, öffentliche Verwaltungen und die Justiz Care-Arbeits- und Lebensverhältnisse, die sich nicht in den nationalstaatlichen Rahmen einordnen, sondern als transnationale Verhältnisse konstituieren? Wie regeln die Institutionen den Zugang der Care-Leistenden zu Wohlfahrt und sozialer Sicherung? Wer setzt die Preise dafür fest?

Am Beispiel des Konzepts der «Nested Citizenship» zeigte Luzenir Caixeta[6] an der WIDE-Tagung auf, warum dieses Projekt einem postkolonialen feministischen Ansatz und Anspruch nicht genügen kann. Nested Citizenship will eine europäische Staatsbürgerschaft von unten aufbauen, indem unterschiedliche nationale Regeln zur sozialen Teilhabe von EinwohnerInnen der EU zusammengeführt werden. Was auf den ersten Blick

einleuchtet, verwischt indes die Machtverhältnisse, welche dem dominanten Verständnis von Arbeit und der marktgetriebenen Definition von Care-Tätigkeiten innewohnen. Care-Arbeit ist – so Luzenir Caixeta – schlecht bezahlt, nicht nur weil sie nicht genügend anerkannt ist, sondern weil sie feminisiert und rassifiziert ist. Nested Citizenship kann und will die Herrschaftsverhältnisse nicht offenlegen, welche die Dequalifizierung sowohl der Arbeit wie des Rechtsanspruchs auf Wohlfahrt begründen; so bleibt diese Konzeption transnationaler BürgerInnenschaft verhaftet in Kategorien des Ein- und Ausschlusses. Care-Arbeiterinnen leben jedoch heute mehrheitlich dauerhaft in mehreren Staaten, und Rechte und Ansprüche auf Care müssen daher mit den Care-Arbeiterinnen reisen. Eine fundiert gegenhegemoniale Position dekonstruiert deshalb das Konzept der Citizenship als einen Status, der an Ort, Nationalität, Ethnizität, Klasse und Geschlecht gebundenen ist, und konstruiert an dessen Stelle ein universelles Menschenrecht auf Care. Erste Ideen von transnationalen Sozialversicherungssystemen sind angedacht. Die Care-Debatte bietet gute Ansatzpunkte, solche Ideen aus der Perspektive der Menschen- und Frauenrechte zu Ende zu denken, weil sie Arbeit in einem umfassenderen Sinne versteht, nicht bloss als marktförmig organisierte Produktion, weil sie die Trennung von Erwerbsarbeit und sozialer Reproduktionsarbeit hinterfragt[7] und weil sie die Ansprüche auf Lebensstandard anders formuliert. Verbunden mit der Vision einer transnationalen/globalen/kosmopolitischen BürgerInnenschaft kann die Care-Debatte die Intersektionalität[8] von Diskriminierungen sichtbar machen und Voraussetzungen skizzieren für ein Menschenrecht auf Care – auch der transnationalen Care-Arbeiterinnen.

Für die politische Diskussion ist die Analyse der AkteurInnen im Spannungsfeld des Care Diamond hilfreich: Das Interesse der Staaten und der Staatengemeinschaft, einen von den Menschenrechten geleiteten Prozess voranzutreiben, wird beschränkt sein. Denn er stellt die nationalstaatliche Verfasstheit der sozialen Sicherheit – unter Umständen auch die sozialpartnerschaftlichen Strukturen – grundlegend infrage. Umso mehr sind die zivilgesellschaftlichen AkteurInnen – im Bündnis mit den Haushalten – aufgerufen und ermächtigt zu erwirken, dass der Staat da Regelungen erlässt, wo Care-Arbeit und Care-Leistungen marktförmig organisiert werden. Dabei muss Care als Menschenrecht wegleitendes Regulierungsprinzip und Kern der guten Regierungsführung sein.

Wie viel Verhandlungsspielraum? Care als Haushaltspolitik

Wenn der private Haushalt das öffentliche Sparen abfedern und mehr Care-Verantwortung übernehmen soll, steigt der Druck, sich auch im Haushalt als Unternehmen zu organisieren. Zeitknappheit bestimmt die

Pflege und Betreuung, Ressourcenknappheit die Qualität der zu leistenden Versorgung und der benötigten Sorgearbeit. Der sparende Staat wird Haushalte abstrafen, welche nicht nach der Unternehmerlogik funktionieren oder sich dem Stereotyp widersetzen, alles aus reiner «Mutterliebe» zu tun. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, wie viel Spielraum im privaten Haushalt offen bleibt, um über Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zu verhandeln, und ob Wahlfreiheit besteht, um zwischen verschiedenen Formen und Kombinationen der Arbeit im Haushalt und auf dem Arbeitsmarkt zu wählen, was ein Teil der jungen Feministinnen für sich beansprucht. Kann es nur noch um neue Arrangements mit neuen Männern gehen? Ist das Private noch politisch?

Die Analyse der öffentlichen Finanzen aus der Gender-Optik bringt Klarheit über die Verteilung der Ausgaben und die Organisation der Einnahmen öffentlicher Haushalte. Damit lässt sich aufzeigen, wie Frauen und Männer aufgrund der gesellschaftlich zugewiesenen Rollen von Leistungen bzw. Kürzungen betroffen sind, wie Care-Aufgaben vom bezahlten in den unbezahlten Bereich verschoben werden oder umgekehrt und welche Folgen dies für die Haushalte hat. Gender Responsive Budgeting (GRB) ist zwar kein Instrument zur Veränderung der Bedingungen, unter welchen Care geleistet wird. In Verküpfung mit einem feministischen Staatskonzept hilft GRB aber aufzeigen, wie der Staat geschlechtergerecht funktionieren kann und wie das Budget eines «caring state» aussehen muss, damit eine Vielfalt von Haushaltformen und -praktiken bestehen kann, ohne dass dabei Ungleichheiten im Lebensstandard institutionell geschaffen und wirtschaftlich genutzt werden. Was ist Care dem Staat wert? Alternativen zur etablierten Dienstleistungsgesellschaft sind gefragt.

Konstruktion und Dekonstruktion der Care-Debatten

Die wirtschaftliche Analyse und das Aufzeigen der Bedeutung der Care-Ökonomie[9] bleiben zentral, um Geschlechtermachtverhältnisse sichtbar zu machen, transformative Konzepte von Gesellschaft zu entwerfen und politische Forderungen zu stellen. Ein an der Tagung verschiedentlich geäussertes Unbehagen – Christa Wichterich beschrieb es in der Formulierung «konzeptionell kalte Füsse kriegen» – galt der Übertragung der Debatte in Kontexte des globalen Südens. Wenn die AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit unreflektiert die im Norden entwickelten Care-Konzepte exportieren, verstärken sie die Trennung in eine Versorgungsökonomie und eine Marktökonomie, womit sie genau das aufspalten, was sie zu einer Ökonomie des Lebens integrieren möchten. Dies erschwert die Sicht auf die verästelten Abhängigkeiten in der Care-Ökonomie. Erst die Analyse dieser Abhängigkeiten im Care Diamond macht es jedoch möglich, so Einfluss zu nehmen, dass die Teilnahme am Wohlerge-

hen gleichberechtigt und als dauerhafter politischer Aushandlungsprozess funktionieren kann.

Die Gefahren einer Übertragung zeigen sich besonders deutlich in der Beschreibung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft: Ihr Ertrag wird als zu gering eingestuft und verdient daher keine Unterstützung. Durch diese Beschreibung erfährt die mehrheitlich von Frauen geleistete Subsistenzarbeit nicht nur eine Entwertung, sie entschwindet auch aus der Messung von Produktivitätsfortschritten. Die fleissigen Frauen des Südens sind höchstens von ethnografischem Interesse, als Ort der traditionellen Landwirtschaft, um die sich die Frauen mit viel Wissen kümmern. Als Care-Akteurinnen im Sinne des Care Diamond werden sie in dieser Beschreibung nicht mehr sichtbar, und damit verschwindet aus der Analyse auch der Ort, wo Lebensgrundlagen geschaffen werden, ohne die sich keine einzige Wertschöpfungskette etablieren liesse. Mit der Folge, dass diesem Produktionsbereich zwar die wichtige Aufgabe von Care-Leistung weiter abverlangt, die Zuwendungen aber entzogen und makroökonomische Entscheide ohne Rücksicht auf Haushaltsökonomien getroffen werden.

Die Weltbank, die sich selber gerne als «bank of knowledge» für alle Gender-Fragen präsentiert, hat in ihrem Bericht 2012[10] Care als «fehlallozierte Arbeit und Zeit» eingestuft und zum Schlüsselfaktor der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern erklärt. In dieser Aussage und im Bericht generell klingt ein «Projekt der gesellschaftlichen Versöhnung» an, welches es verunmöglicht, Gewinner hegemonialer Verhältnisse zu identifizieren, weil das ihm zugrunde liegende «Ideal des post-politischen demokratischen Konsens» solche Analysen ausschliesst.[11] Es braucht eine feministische Debatte über die von der Weltbank angepriesenen Programme, welche Direktzahlungen an Frauen an Bedingungen knüpfen, die sogenannten Conditional Cash Transfers (CCTs) für Care-Leistungen im Süden.[12] CCTs können Haushalten in bestimmten Lebensphasen eine momentane und beschränkte Erleichterung bringen. Letztlich zementieren sie jedoch die gesellschaftlich festgelegten Rollen, was sich negativ auf die Verteilung der Leistungserbringung und den Zugang zu Care-Leistungen auswirken kann. Längerfristig verhindern CCTs damit, dass Care als Gemeingut organisiert wird.

Alle Orte, Formen und Arten von Arbeit müssen im Zusammenhang neu definiert und bewerten werden, um der Spaltung entlang der Geschlechtergrenze entgegenzuwirken, die sich in der postkolonialen marktorientierten Entwicklungszusammenarbeit durchzusetzen scheint – und in weiteren Politikkontexten vollzogen wird. In der Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik werden Care-Leistungen generell in Produkte zerlegt und ihre Kosten und Nutzen monetarisiert. Eine feministische Position zu entwickeln bedeutet deshalb auch, die Logik und Sprache des New Public

Management zu dekonstruieren, die Care-Debatte zu politisieren und zum Thema von Aushandlungsprozessen zu machen.

Ein Feld, auf dem sich die Trennung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit zurzeit radikal vollzieht, ist die zirkuläre oder Pendelmigration der Care-Arbeiterinnen. Mit dieser Trennung gelingt es, Care in postkolonialer Weise auszulagern, Kosten zu sparen und die Sorgelogik dem Markt zu unterwerfen. Dieses Feld wird zunehmend auch medial bewirtschaftet, indem über *Einzel*schicksale polnischer Mütter berichtet wird, die pflegebedürftige Menschen in der Schweiz versorgen. Diesem Trend, der das Thema entpolitisiert und in einen neoliberal organisierten Konsensdiskurs einbindet, muss vehement entgegengewirkt werden. Vielleicht gelingt eine Dekonstruktion eher im globalen Süden, wo der Prozess der Zerstückelung in marktförmig organisierte und andere Formen von Care momentan voll im Gange ist. Oder aber im Rahmen der Klima- und Umweltdebatten, wo die Beschreibung der Strategien im Umgang mit Katastrophen zunehmend vergeschlechtlicht und rassifiziert wird. Wenn die Geschlechterverhältnisse im Zusammenhang mit anderen Ungleichheitsverhältnissen radikal infrage gestellt werden, lässt sich aufzeigen, wie Care als gesellschaftliches Tun und als Common organisiert und als Menschenrecht etabliert werden kann; und welche Staatlichkeit es braucht, damit die Sicherstellung bedarfsgerechter Care-Ressourcen auch langfristig zum Leitprinzip der Entscheidungen wird. Am Beispiel der Debatten um die Green Economy wird deutlich, wie Technokratie und Ökonomisierung, Geschlechterhierarchisierung und Hegemonialisierung hintergründig vermengt werden. Dagegen ist der «schonende Umgang» mit Ressourcen wie Care einzufordern. Wie Christa Wichterich an der Tagung sagte: «Gibt es eine grünere Ökonomie als die Care-Ökonomie?»

Anmerkungen

1 Wir danken den Workshop-Moderatorinnen Michèle Amacker, Roswitha Koch, Jelena Lenggenhager, Christine Michel und Sarah Schilliger für ihre Berichte. Sie sind auf der WIDE-Website zugänglich: www.wide-network.ch/de/Tagung_Gender_Macht_Arbeit/Tagungsdokumentation.php.

2 Für die vergleichende Untersuchung der politischen und sozialen Ökonomie von Care hat das UNO-Forschungsinstitut UNRISD das konzeptuelle Modell des «Care Diamond» entwickelt. Es ermöglicht, die komplexen Interaktionen der AkteurInnen einzuordnen und im Verhältnis zueinander zu analysieren. UNRISD, Political and Social Economy of Care, 2006–2009: www.unrisd.org/80256B3C005BB128/%28httpProjects%29/37BD128E275F1F8BC1257296003210EC?OpenDocument

3 Vgl. Beitrag von Ulrike Knobloch in diesem Widerspruch-Heft.

4 Vg. Beitrag von Ewa Charkiewicz in diesem Widerspruch-Heft.

5 Einen Überblick über den aktuellen Stand der Commons-Debatten liefert der Denknetz Infobrief vom Juni 2011: www.denknetz-online.ch//IMG/pdf/Denknetz_Infobrief_14._Die_Debatte_um_Commons.pdf. Zur Forschung vgl. auch die Texte zu den Arbeiten der Nobelpreisträgerin für Ökonomie Elinor Ostrom im Denknetz Jahrbuch 2011 und in der WOZ vom 21. Juni 2012.

6 Luzenir Caixeta ist Mitbegründerin und Forschungskoordinatorin des Autonomen Zentrums von & für Migrantinnen «maiz» in Linz. www.maiz.at/de

7 Vgl. Beitrag von Sarah Schilliger in diesem Widerspruch-Heft.

8 Das Zusammenwirken von Differenzkategorien, die aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Klasse, aber auch von Sexualität, Nationalität, Alter, etc. gebildet werden und auf deren Basis Ungleichheit organisiert und verwaltet wird.

9 Mascha Madörin: Care Ökonomie – Eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Christine Bauhardt/Gülay Caglar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. VS Verlag: Wiesbaden 2010. 81–104.

10 The World Bank, 2012: World Development Report on Gender Equality and Development. http://wdronline.worldbank.org//worldbank/a/c.html/world_development_report_2012/abstract/WB.978-0-8213-8810-5.abstract.

11 Hannah Franzki: Zur Kritik von transnational justice als Projekt historischer Gerechtigkeit.. In: Peripherie, 125, März 2012. S. 78.

12 Vgl. Shahra Razavis Kommentar zum World Development Report: www.unrisd.org/80256B42004CCC77/%28httpInfoFiles%29/E90770090127BDFDC12579250058F520/$file/Extended%20Commentary%20WDR%202012.pdf sowie ihren Beitrag in diesem Widerspruch-Heft.

DAS ARGUMENT ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

292 Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?

G. WINKER: Soziale Reproduktion in der Krise
F. HAUG: Das Care-Syndrom
S. PLONZ: Mehrwert und menschliches Maß. Ethische Bedeutung der Care-Debatte
I. NOWAK: Fürsorgliche Praxis als prekäre Lohnarbeit
S. CHORUS: Care-Seiten in der politischen Ökonomie
A. HARTMANN: Die Unsichtbarkeit der unbezahlten Hausarbeit
S. HECK: Von der Reproduktionstheorie zur Care-Euphorie
B. FRIEDRICH: Natur- und Geschlechterverhältnisse bei Biesecker, Hofmeister, Haug

sowie Rezensionen zu Irigaray, v. Werlhof, politischer Ökokologie, Care und Migration

Heft 12 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270

Redaktion DAS ARGUMENT · ARGUMENT VERLAG
Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg
Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org